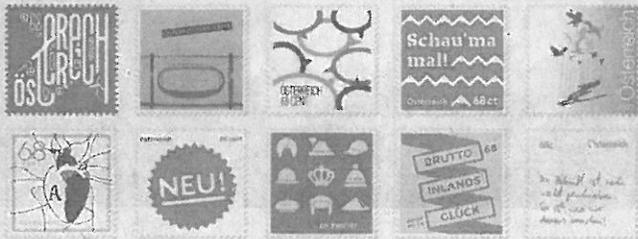


MARKENWETTBEWERB 2016



„Die Presse“ und die Österreichische Post AG laden Gestalter ein, eine Briefmarke zum Thema „Ausblick 2050“ zu entwerfen. Die 15 Finalisten werden wöchentlich in der „Presse am Sonntag“ sowie auf DiePresse.com präsentiert. Die Siegermarke des Wettbewerbs ist mit 5000 Euro dotiert und wird im Rahmen des Sondermarkenprogramms der Post AG 2017 produziert.

Zeitplan

Die Anmeldung zum Wettbewerb ist bis 17. Juni 2016 per E-Mail (freiraum@diepresse.com) möglich.

Einsendeschluss für die Entwürfe: 1. Juli 2016

Nähere Informationen zum Wettbewerb sowie zur Ausschreibung und den Teilnahmebedingungen unter DiePresse.com/freiraum

Wir schreiben seit 1848

 **Post**

Die Presse

Unternehmensgründung per App?

Bericht. Die ÖVP macht Vorschläge für den politischen Umgang mit der Digitalisierung.

VON THOMAS PRIOR

Wien. Zufälle gibt es, die sind wirklich welche. Just in Zeiten, in denen Kanzler Christian Kern die Digitalisierung zu einer der größten Herausforderungen der Gegenwart erklärt und erste Antworten – Stichwort Maschinensteuer – darauf gegeben hat, legt die ÖVP einen „Innovationsbericht Digital“ vor. Genauer gesagt: die Politische Akademie der ÖVP (PolAk), deren Vorsitzender Sebastian Kurz ist.

Dieser Bericht, heißt es aus dem Umfeld des Außenministers, sei der erste in einer Reihe. Das Thema (Digitalisierung) und der Präsentationstermin (heute, Mittwoch, in der Wiener Albert Hall) stünden schon seit vergangener Herbst fest. Und seien eben nicht als Reaktion auf den Kanzler zu verstehen.

Für das Erstlingswerk haben etliche Experten Vorschläge gemacht, unter anderem AMS-Vorstand Johannes Kopf, Zivil- und IT-Rechtsexperte Wolfgang Zankl oder auch die Chef-Lobbyistin von Facebook Deutschland, Eva-Maria Kruschke. Geleitet wurde der Prozess von

Mic Hirschbrich, dem Gründer des Nachrichtendienstes UpdateMi.

Herausgekommen ist ein 60-seitiger Bericht, der – wie es im Vorwort heißt – „Impulse für die politische Gestaltung“ geben und das Land „fit für die Digitalisierung“ machen soll. Wie Kern kommt auch die ÖVP-Denkfabrik zum Schluss, dass „die chronisch unterfinanzierte“ Start-up-Szene dringend Starthilfe braucht. Ein Anreiz dafür könnte die steuerliche Absetzbarkeit privater Investitionen sein. Als Richtwert bzw. Obergrenze werden 100.000 Euro genannt.

Außerdem sollen Firmengründungen vereinfacht, also entbürokratisiert werden. In Estland wird man binnen 30 Minuten zum Unternehmer, in Österreich eher nicht, weil Ämter, Körperschaften und Versicherungen nicht ausreichend vernetzt sind. Das müsse sich ändern, heißt es im Bericht. Im besten Fall seien Firmengründungen in Zukunft auch per Computer oder über eine Handy-App möglich.

Im Bildungssystem müssten jene Kompetenzen vermittelt werden, die eine digitale Wirtschaft er-

fordert. IT- und Medienkompetenz sollten demnach „Allgemeinbildung“ und eine Programmiersprache „als weitere Fremdsprache“ in den Schulen etabliert werden. In Finnland beherrschen 28 Prozent eine solche, in Österreich sind es zwölf. Gefragt seien auch neue Lehrertypen, zum Beispiel Unternehmer. Sie könnten Wissen zwischen Theorie und Praxis vermitteln.

Empfehlung für E-Voting

Doch hinter dem Schlagwort Digitalisierung lauern auch Gefahren. Das Wort Überwachung ist in aller Munde. Zum Schutz der Privatsphäre schlagen die Experten ein „Recht auf Vergessen“ vor: Sensible Daten eines Internetnutzers sollen nach einer bestimmten Zeit gelöscht werden. Darüber hinaus brauche es „ein zeitgemäßes Urheber- und Leistungsschutzrecht“.

Auf politischer Ebene gibt die ÖVP-Akademie – zwecks Partizipation – eine sanfte Empfehlung für „die Entscheidungsfindung auf digitalem Weg“ ab. Sprich: für E-Voting. Denn Politik, heißt es, müsse „zunehmend in Echtzeit erfolgen.“